

Erst kürzlich wurde mir in einem Restaurant keine Speisekarte gegeben, allen meinen Freunden am Tisch aber schon“, erzählt Karin Stöckler, Landespräsidentin des ÖZIV Vorarlberg. Es sind Situationen, die Menschen mit Behinderung fast täglich erleben. „Verletzend und diskriminierend ist auch, wenn etwa mit der Begleitperson gesprochen wird, anstatt mit der Person mit Behinderung, wenn ein Rollstuhl ungebeten angeschoben oder eine sehbehinderte Person einfach an der Hand genommen wird.“ Oder wenn bei Veranstaltungen ausschließlich Stehtische zu finden und Behindertenparkplätze versteckt sind.

„Menschen mit Behinderung sind ein gleichwertiger Bestandteil der Gesellschaft und dürfen nicht ausgeschlossen werden – egal ob durch Barrieren oder durch Haltung.“ Mit diesem Appell bringt Stöckler auf den Punkt, worum es im Disability Pride Month geht. Der Aktionsmonat soll Menschen mit Behinderung sichtbar machen, Vorurteile abbauen und ein selbstverständliches Miteinander fördern. „Mir ist wichtig, dass wir selbstbewusst – trotz oder gerade wegen unserer Behinderung – auftreten und sichtbar sind“, sagt Stöckler.

Der Arbeitsmarkt ist die größte Baustelle

Besonders deutlich zeigen sich die Hürden am Arbeitsmarkt. Die angespannte Wirtschaftslage verschärft die Situation zusätzlich. Während die allgemeine Arbeitslosigkeit zuletzt vergleichsweise moderat zunahm, stieg sie bei Menschen mit Behinderung im Juni laut AMS um 15,6 Prozent. Zum Vergleich: Bei Menschen ohne Behinderung waren es 2,4 Prozent. „Die angespannte Lage am Arbeitsmarkt trifft Menschen mit Behinderungen stärker“, bestätigt Stöckler. Viele Betroffene berichteten ihr, wie schwierig es gewor-



„Wer Inklusion will, findet einen Weg“

Der Juli ist der „Disability Pride Month“ – er macht auf die Rechte und die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung aufmerksam. In Vorarlberg tun sich derzeit neue Barrieren auf.

Menschen mit Behinderung haben mit vielen Hindernissen zu kämpfen.

Foto: Horst Eindröder

„Menschen mit Behinderung sind ein gleichwertiger Bestandteil der Gesellschaft und dürfen nicht ausgeschlossen werden – egal ob durch Barrieren oder durch Haltung.“

Karin Stöckler, ÖZIV-Landespräsidentin



Foto: Karin Stöckler

den sei, überhaupt auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Dabei scheitere es oft nicht an der Qualifikation, sondern an hartnäckigen Vorurteilen und Fehlinformationen. „Der besondere Kündigungsschutz etwa gilt bei neuen Dienstverhältnissen erst nach vier Jahren“, stellt sie klar. Gleichzeitig fehle vielen Unternehmen das Wissen über Förderungen und Unterstützungsangebote. Dabei gebe es finan-

zielle Zuschüsse, technische Hilfsmittel und Arbeitsplatzassistenten. „Man muss einfach wollen und einem Menschen mit Behinderung die Chance geben, sich mit seinen Stärken einzubringen“, fordert Stöckler.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Rund zwei Drittel der verpflichteten Vorarlberger Unternehmen erfüllen die gesetzliche Beschäftigungsquote nicht und zahlen stattdessen lieber

die Ausgleichstaxe. Dabei müssten größere Betriebe eigentlich pro 25 Mitarbeiter einen Menschen mit Behinderung anstellen.

Auch das Land Vorarlberg taugt nicht als Vorbild

Nicht nur die Privatwirtschaft sieht Stöckler in der Pflicht. Denn auch das Land Vorarlberg und die Kommunen erfüllen die gesetzliche Beschäftigungsquote seit Jahren nicht vollständig.

„Grundsätzlich sollte die öffentliche Hand gerade auch im Bezug auf die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen eine Vorbildfunktion erfüllen.“

Ebenso wichtig sei, dass Menschen mit Behinderung echte Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt erhalten. „Menschen mit Behinderungen in Werkstätten sind sozialrechtlich nicht abgesichert und bekommen ein Taschengeld statt einem



Foto: Karin Stöckler

Karin Stöckler wünscht sich ein Vorarlberg, in dem Inklusion auf eine selbstverständliche Art und Weise gelebt wird.

Lohn – das hat mit Gleichberechtigung nichts zu tun.“ Soziale Werkstätten hätten zwar durchaus ihre Berechtigung, das Ziel müsse aber sein, mehr Übergänge in reguläre Beschäftigung zu schaffen. Denn: „Selbstbewusstsein und Entscheidungsfreiheit steigen dadurch massiv an.“

Aktuelles Spardiktat gefährdet die Teilhabe

Mit Sorge blickt Stöckler auf die Sparmaßnahmen im Sozialbereich. Budgetkürzungen bei Lebenshilfe, Caritas und anderen Trägern würden dazu führen, dass Unterstützungs- und Beratungsangebote reduziert werden oder ganz wegfallen. „Dadurch verlängern sich die Wartezeiten“, warnt sie. Besonders belastend sei das für Familien, die mit Kindergarten- oder Schulintegration sowie Arzt- und Therapieterminen ohnehin stark gefordert seien. Wenn Unterstützungsangebote

eingeschränkt würden, werde ein selbstbestimmtes Leben schwierig.

Ihre Forderungen an Politik und Wirtschaft sind eindeutig: Die UN-Behindertenrechtskonvention müsse endlich konsequent umgesetzt werden. Unternehmen sollten sich besser über Fördermöglichkeiten (NEBA Betriebsservice) informieren und den Schritt zur Anstellung wagen. „Bereitschaft zeigen, sich informieren, Solidarität zeigen und ins Tun kommen“, fasst Stöckler zusammen. Für die Zukunft wünscht sie sich ein Vorarlberg, in dem Inklusion selbstverständlich gelebt wird. In diesem Zusammenhang greift Stöckler ein Zitat des deutschen Aktivisten Raul Krauthausen auf: „Wer Inklusion will, findet einen Weg. Wer sie nicht will, findet Ausreden.“ Die größte Hürde für Menschen mit Behinderung sind jene Barrieren, die nicht sein müssten.

Philipp Vondrak